

Kommentar des Bundeselternrates (BER)

Der Bundeselternrat als Dachorganisation der Landeselternvertretungen in Deutschland begrüßt Studien, die die Elternpartizipation hervorheben. Eltern nehmen positiv wahr, was Schule und Schulpersonal bundesweit Tag für Tag leisten. Sie sind ein wichtiger Indikator für eine gelingende Bildungslandschaft. Die Bildungsforschung registriert die Elternmeinung als wichtigen Baustein. Die vorliegenden Umfrageergebnisse bestätigen die Arbeit des Bundeselternrats einmal mehr in seiner wiederkehrenden Forderung für gute Bildung.

Seit nahezu 70 Jahren vereint der Bundeselternrat als größtes bundesweites Netzwerk engagierte Elternvertreter. Die gemeinsame Forderung ist eine gute und chancengerechtere Bildungslandschaft in Deutschland – gemeinsam für beste Bildung.

Schule im 21. Jahrhundert muss sich einer immer vielfältigeren Heterogenität öffnen und annehmen. Der wachsende Anspruch durch Wirtschafts- und Zukunftsfragen erfordert von jedem Schulträger, vor Ort bestmögliche Rahmenbedingungen für eine gute Schule bereitzustellen. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn eine deutliche Mehrheit der befragten Eltern in der Elternstudie 2019 der Schulbildung ihres Kindes einen hohen Stellenwert beimisst. Dabei ist dem Bundeselternrat bewusst, dass Eltern diesen Stellenwert völlig unterschiedlich fokussieren. Die Erwartungshaltung der Eltern ist sehr heterogen. Die vorliegende Umfrage bestätigt die Meinung des Bundeselternrats: Der Staat hat den Rahmen und somit die notwendigen Ressourcen für eine gute Schule der Zukunft bereitzustellen und in eben diese zu investieren.

Wie sieht die Schule der Zukunft aus – räumlich, personell und sächlich? *„Die Architektur muss den Lehr- und Lernmethoden des 21. Jahrhunderts gerecht werden, eine anregende Lernumgebung und einen differenzierten Unterricht ermöglichen. ... Ein demokratisches Land benötigt eine demokratische Schule. ...“* Die Schulen der Gegenwart und Zukunft müssen sich völlig neu aufstellen und positionieren. *„Der bundesweit notwendige Schulbau darf nicht dem Diktat der Kostenminimierung unterliegen. ... Dies gilt für Neu-, An- und Umbauten. Der bundesweite Sanierungsstau muss systematisch und nachhaltig abgebaut werden. Die fortlaufende und zeitgemäße Instandhaltung ist bei Schulbauten fest einzuplanen.“*

Schulplanung muss in das räumliche Konzept der Stadt- und Regionalplanung integriert werden, da Schule ein wichtiger Bestandteil der Gesamtumgebung ist. Sie öffnet sich dem Sozialraum und ermöglicht die Begegnung zwischen den Generationen. Schulbau muss flexibel sein, um auch den künftigen Anforderungen gerecht zu werden. „Eine gute Schule ist nie fertig, sie ist immer auf dem Weg.“ (Dr. Otto Seydel) Nach dem Reformpädagogen Loris Malaguzzi hat ein Kind drei Lehrer: die anderen Kinder, die Lehrkräfte und den Raum (Reggio-Pädagogik). Diesen Raum als Drittem Pädagogen ist die notwendige Aufmerksamkeit und ein angemessener Investitionsrahmen für alle Schulen in Deutschland zu schaffen.“ (Auszug aus der Resolution FT 02 2018 Bundeselternrat)

Mit dieser Aufgabe dürfen die Schulträger und Kommunen nicht allein gelassen werden, sondern benötigen die verlässliche Unterstützung von Bund und Ländern.

Laut der Elternstudie 2019 schätzen Eltern die Investitionen des Staats in Bildung fortwährend als zu gering ein. Der Bundeselternrat fordert seit Jahren Bund und Länder auf, das bestehende Kooperationsgebot zu überwinden und gemeinsam in die Bildung und somit in den Zukunftsstandort Deutschland zu investieren.

„Deutschland ist eines der reichsten Länder der Welt. ... Die Menschen und ihre Bildung ist die größte Ressource Deutschlands. Diese Bildung gilt es bedingungslos zu fördern. Unabhängig von den

Schwierigkeiten, die durch 16 unterschiedliche Schulgesetze entstehen können, stellt der BundesElternRat fest, dass so bundesweite Bildung nicht wie ein wertvolles Investitionsgut behandelt wird. Häufig wird Bildung wie eine lästige Kostenstelle behandelt, die man mit Kosten-Nutzen-Analysen in den Griff bekommen und deren Finanzierung man am liebsten „outsourcen“ möchte. ... In vielen Bundesländern gibt es zwar eine Lern- und Lehrmittelfreiheit, faktisch entstehen den Familien aber immer noch erhebliche Kosten.“ (Auszug aus der Resolution FPT 2016 Bundeselternrat)

Die Schulzeit nimmt in der Biografie unserer Kinder eine herausragende Rolle und vor allem eine lange Zeitperiode ein. Eltern sind – unabhängig von ihrer bildungsbiografischen und sozioökonomischen Herkunft – in den letzten Jahren mehr und mehr von der passiven Seite in die Position der Experten und Partner aufgerückt. Sie richten ein besonderes Augenmerk auf die Bildung ihrer Kinder. Eine gelebte Partizipation an Schule ist – trotz ähnlich gesetzlicher Verankerung in den Bundesländern – aber immer auch abhängig von den Akteuren vor Ort und deren Zielsetzung. Ziel muss es sein, den Bildungs- und Erziehungsauftrag partnerschaftlich zu gestalten und das Schulprogramm gemeinsam zu erarbeiten, zu evaluieren und fortzuschreiben.

Viele Eltern sehen in der Schule und der Vorbereitung auf das Leben eine Weiterentwicklung des Unterrichts, hin zu einer kreativeren und individueller ausgerichteten Unterrichtspraxis. So verwundert uns folgende Ergebnisse der vorliegenden Studie nicht: *90% der befragten Eltern meinen, dass die Kinder in der Schule auch praktische, künstlerische und musische Kenntnisse und Erfahrungen erwerben sollen. 93% stimmen zu, dass die Schule nicht nur auf Prüfungen ausgerichtet sein soll, sondern auch die Entwicklung einer selbstbewussten Persönlichkeit fördern sollte.*

Diese Erkenntnis teilt der Bundeselternrat uneingeschränkt. Der Bundeselternrat fordert seit langem eine Abkehr vom defizit-orientierten Prüfungsblick hin zu einem lebenslangen und lernförderlichen Kompetenzerwerb. Was kann das einzelne Kind? Was hat es schon erreicht und was benötigt es zum weiteren Vorankommen?

Die gegenwärtigen und zukünftigen Ansprüche an die Heranwachsenden und das steigende Anforderungsspektrum aus Wirtschaft, Umwelt, Klimaschutz, Digitalisierung und Inklusion erfordert deutlich kreativere und selbstbewusstere Persönlichkeiten. Junge Menschen dürfen sich nicht allein auf ein abfragbares Prüfungswissen verlassen, sondern müssen sich eigene kreative Lösungen für die globalen Probleme der Zukunft erschließen.

Eine deutliche Mehrheit (76%) der Befragten sieht das ähnlich: Sie stimmen der Aussage zu: „Die Schulbildung sollte vor allem nach den Schülerbedürfnissen, weniger nach den Vorgaben der Schulbehörden, freier gestaltet werden.“

Schulen müssen ihr eigenes, individuelles Schulprogramm erarbeiten. Die dortigen Akteure schaffen sich kreative Spielräume und erarbeiten sich so gemeinsam ihr individuelles Schulprogramm, das implementiert, evaluiert und stetig weiterentwickelt wird. Die Schule, der Unterricht und das pädagogische Personal muss sich am individuellen Kind orientieren, muss es dort abholen, wo es steht. Das Kind muss sich nicht der Schule, sondern die Schule muss sich der Heterogenität der Kinder anpassen.

Um eine inklusive Schullandschaft zu schaffen, sind die personellen und finanziellen Ressourcen zwingend bereitzustellen. Der Bundeselternrat nahm hierzu bereits 2012 Stellung:

„Jedes Kind hat das Recht, dort zu lernen, wo es lebt. Das Recht, dazuzugehören, ist nicht mehr umstritten. Bei inklusiver Bildung geht es nicht mehr um das Ob, sondern nur noch um das Wie. ... Inklusion ist finanzierbar! Den Hinweis auf Finanzierungsprobleme hält der BundesElternRat für ein

vorgeschobenes Argument. Studien deuten darauf hin, dass ein inklusives Schulsystem nach einer Übergangszeit nicht teurer ist, als das derzeitige exklusive. Betrachtet man die Wirkung inklusiver Schulbildung, ergibt sich ein volkswirtschaftlicher Gewinn.

Die Umstellung auf ein inklusives Bildungssystem ist eine Herausforderung, der sich die gesamte Gesellschaft stellen muss. ... Der Einstieg in die inklusive Bildung braucht professionelle Vorbereitung. ... Eine inklusive Schule fühlt sich für alle Kinder und Jugendlichen verantwortlich. Das ist ein wesentlicher Schritt auf dem Weg zu einer gerechteren Gesellschaft. Wo Aussonderung nicht stattfindet, muss nicht nachträglich integriert werden.“ (Auszug aus der Resolution FPT 2012 Bundeselternrat)

Bei der Personaldebatte haben alle Bundesländer versagt. Viel zu spät und langatmig haben die Länder auf den Generationswechsel im Schulpersonal reagiert. Hinzu kam der Mehrbedarf an Personal mit dem Anspruch einer inklusiven Schullandschaft. Auch nach der ersten Dekade der UN-Behindertenkonvention wurde nichts geändert, denn weiterhin werden nur geringe Mittel für den Ausbau der inklusiven Schullandschaft zur Verfügung gestellt. Schulpersonal muss trotz Länderhoheit bundesweit unter Einbeziehung der Hochschulen gemeinsam geplant und ausgebildet werden. Ein weiterer wichtiger Baustein der zukunftsfähigen Schule sind multiprofessionelle Teams mit vielfältigen Kompetenzen, die sich gegenseitig im Team stärken und ergänzen.

Diese Umfrage unterstreicht den Appell des Bundeselternrats nach ausreichendem multiprofessionellem Personal und einer umfassenden und guten Lehreraus-, -fort- und -weiterbildung in allen Bundesländern. Neben dem benannten (Lern-)Raum als Dritter Pädagoge, ist eben vor allem das Lehrpersonal und das Schulteam ein entscheidendes Qualitätsmerkmal für die gute Schule vor Ort.

Gute Schule und ein individuell erfolgreicher Bildungsweg bedarf von Anfang an einer engen und fortwährenden Dreieckspartizipation zwischen Schule, Elternhaus und Schülern, nicht nur beim Thema Digitale Medien.